

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Januar 2016

Inhalt

| | |
|--|----------|
| Nachrichten aus der COFACE | 1 |
| COFACE sucht Verstärkung | 1 |
| Nachrichten aus den EU-Institutionen..... | 1 |
| Niederlande übernehmen Ratsvorsitz am 1. Januar 2016..... | 1 |
| Arbeitsprogramm des Präsidentschaftstrios ab 2016..... | 1 |
| ESF-Programme komplett..... | 1 |
| EP fordert mehr Engagement beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit | 2 |
| EP gegen höhere Zuckergrenzwerte in Babynahrung..... | 2 |
| EP verabschiedet Entschließung zu weiblichem Unternehmertum..... | 2 |
| Konsultation zum Stand der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen | 3 |
| Nachrichten aus den europäischen Staaten | 3 |
| Griechisches Parlament ermöglicht eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare | 3 |
| Dänemark erschwert Familienzusammenführung von Geflüchteten | 3 |
| Irische Regierung schützt Kinder vor Passivrauchen..... | 3 |
| Österreich will Elterngeld reformieren..... | 3 |
| Berichte und Studien..... | 4 |
| Eurofound: Wandel der Familienpolitik in der Wirtschaftskrise..... | 4 |
| Beschäftigungs- und Sozialbericht 2015 der EU-Kommission | 4 |
| OECD Publikation zum Altern von Gesellschaften..... | 4 |
| EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation – Dritter Monitoring-Bericht | 4 |
| Europarat: Wie lässt sich Gewalt gegen Frauen verhindern?..... | 5 |
| Bevorstehende Veranstaltungen..... | 5 |

Nachrichten aus der COFACE

COFACE sucht Verstärkung



Die COFACE hat eine Referentenstelle und die Stelle der Geschäftsführung ausgeschrieben. Die Bewerbungsfrist endet für beide Stellen am 22. Februar.

- [Ausschreibung COFACE-Geschäftsführung](#) 
- [Ausschreibung Referent/in bei der COFACE](#) 

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Niederlande übernehmen Ratsvorsitz am 1. Januar 2016

Turnusgemäß wechselte der Ratsvorsitz im neuen Jahr von Luxemburg zu den Niederlanden. Migration und internationale Sicherheit, Europa als Motor für Innovation und Beschäftigung, Finanzen und die Eurozone sowie eine zukunftsorientierte Klima- und Energiepolitik sind die vier thematischen Prioritäten für das kommende Halbjahr. Sozialpolitische Themen stehen somit nicht im Fokus. Im beschäftigungspolitischen Bereich sind einzelne Zielsetzungen zum Thema Gute Arbeit auf der Agenda der Ratspräsidentschaft sowie zur Verbesserung der Ausbildung von Jugendlichen und insbesondere auch jugendlichen Migranten und Flüchtlingen.

- [Programm des niederländischen Ratsvorsitzes](#) 

Arbeitsprogramm des Präsidentschaftstrios ab 2016

Gemeinsam mit der Slowakei und Malta bilden die Niederlande das Präsidentschafts-Trio für die kommenden anderthalb Jahre. Die Zusammenarbeit dreier aufeinander folgender Ratspräsidentschaften ermöglicht das Anstoßen und die Umsetzung weiterreichender politischer Programme und längerfristiger Projekte. Abgesehen von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit finden sich kaum sozial- und gesellschaftspolitische Zielsetzungen im Arbeitsprogramm. Allerdings hat das Trio Anfang Januar eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der es sich zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen als Grundwert der EU bekennt und darlegt, mit welchen Aktivitäten sie jeweils die Gleichstellung der Geschlechter fördern wollen.

- [Präsidentschaftstrio: Erklärung zur Gleichstellung der Geschlechter](#) 
- [Programm des Präsidentschaftstrios 2016/17](#) 

ESF-Programme komplett

In sogenannten operationellen Programmen werden die Tätigkeitsfelder in den EU-Mitgliedstaaten und ihren Regionen festgelegt, die durch die europäischen Fonds gefördert werden. Mit dem operationellen Programm Spaniens hat die EU-Kommission nun das Programm des Europäischen Sozialfonds (ESF) für den Zeitraum 2014-2020 komplettiert. Insgesamt werden durch den ESF 86,4 Milliarden Euro bereitgestellt.

- [Pressemitteilung der Kommission vom 21.12.2015](#)

EP fordert mehr Engagement beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit

Eine umfangreiche „Entschließung über bildungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit“ des Europäischen Parlaments beschäftigt sich mit der Arbeitssituation von Jugendlichen in der EU und unterbreitet zahlreiche Vorschläge, wie sich diese verbessern lässt. Das Thema müsse zu den obersten Prioritäten der EU zählen. Die Initiativen der Kommission seien zu begrüßen, reichten jedoch nicht aus. Darüber hinaus müsse es auch in den Mitgliedstaaten selbst ehrgeizige Maßnahmen und Investitionen (hier sei eine bessere Nutzung von EU-Fördergeldern möglich) geben, Haushaltskürzungen im Bildungsbereich seien abzulehnen.

- [EP-Entschließung „Bildungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit“ vom 19.01.2016](#)

EP gegen höhere Zuckergrenzwerte in Babynahrung

Das EU-Parlament hat einen Vorschlag der EU-Kommission abgelehnt, nach dem Säuglings- und Kleinkindernahrung bis zu drei Mal mehr Zucker hätte enthalten dürfen als von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlen. Der Vorschlag der Kommission widersprach der Empfehlung der WHO, den Anteil von freiem Zucker auf weniger als 10% der gesamten Energiezufuhr zu begrenzen. Die Abgeordneten argumentierten, Säuglinge und Kleinkinder seien vor Fettleibigkeit zu schützen. Sie verlangen außerdem, dass verarbeitete Säuglings- und Kleinkindernahrung derart gekennzeichnet sei, dass klar sei, dass diese Produkte nicht für Säuglinge geeignet seien, die jünger als sechs Monate sind. Die Empfehlung des ausschließlichen Stillens während der ersten sechs Monate solle nicht untergraben werden. Die Kommission muss nun einen neuen Vorschlag vorlegen.

- [Pressemitteilung des Parlaments vom 20.01.2016](#)

EP verabschiedet Entschließung zu weiblichem Unternehmertum

Mit breiter Mehrheit hat das EU-Parlament eine Entschließung zu „Externen Faktoren, die Hindernisse für weibliches Unternehmertum darstellen“ verabschiedet. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten Frauen als Unternehmerinnen stärker fördern und damit mittelbar zur Verminderung von Armut, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu mehr Wirtschaftswachstum beitragen. EU-weit stellten Frauen nur 34 Prozent aller Selbständigen und 31 Prozent der Unternehmer/innen. Da bisher kaum quantitative Forschung zum Thema existiere, sollen die Mitgliedstaaten auf regionaler Ebene nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten erheben und regelmäßig Bericht erstatten.

Als Rahmenbedingungen seien gesetzgeberische Maßnahmen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf notwendig, insbesondere hinsichtlich des Zugangs zu Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs in denjenigen Mitgliedstaaten, in denen dies noch nicht vorgesehen ist. Dies entspreche einem ganzheitlichen Ansatz, der darauf abziele, ein Umfeld zu schaffen, in dem Frauen ihr volles Potenzial entfalten könnten.

- [EP-Entschließung „Externe Faktoren, die Hindernisse für weibliches Unternehmertum darstellen“ vom 19.01.2016](#)

Konsultation zum Stand der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen


Die Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen (2010-2020) zielt darauf ab, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen innerhalb der EU umzusetzen. Zur Halbzeit soll nun eine öffentliche Konsultation Aufschluss über den aktuellen Stand der Dinge in den Mitgliedstaaten geben. Bis zum 18. März 2016 können Interessierte ihren Beitrag einreichen.

- [Zur Konsultation](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Griechisches Parlament ermöglicht eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare

Im Dezember hat das griechische Parlament ein Gesetz über eingetragene Partnerschaften verabschiedet, das erstmalig auch gleichgeschlechtliche Paare anerkennt. Zuvor waren solche Partnerschaften nur für heterosexuelle Paare möglich. Dies hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) beanstandet. Das Gesetz beinhaltet keine Regelung zum Adoptionsrecht.


- [Meldung von ILGA Europa vom 22.12.2015](#) 
- [Weitere Informationen zum Urteil des EGMR vom 7.11.2013](#)

Dänemark erschwert Familienzusammenführung von Geflüchteten

Das Dänische Parlament hat am 26. Januar einige Verschärfungen des Asylrechts verabschiedet. Unter anderem betrifft dies auch den Familiennachzug. Geflüchtete mit einem vorübergehenden Schutzanspruch können diesen nun erst nach drei Jahren beantragen. Von verschiedenen Seiten wird dies als Bruch der UN-Flüchtlingskonvention gewertet.

- [Offener Brief des Europarats-Kommissars für Menschenrechte](#) 

Irische Regierung schützt Kinder vor Passivrauchen

Seit dem 01. Januar ist in Irland das Rauchen im Auto verboten, wenn Kinder anwesend sind. Mit dieser Maßnahme sollen Kinder vor den Gefahren des Passivrauchens geschützt werden. Eine ähnliche Regelung war im Oktober in Großbritannien eingeführt worden (vgl. EuropaNews [10/2015](#) ).

- [Pressemittlung des Irischen Gesundheitsministeriums](#) 

Österreich will Elterngeld reformieren

Die österreichische Familienministerin Sophie Karmasin hat einen Gesetzentwurf zur Reform des österreichischen Kindebetreuungsgeldes vorgelegt. Er zielt vor allem darauf ab, eine Beteiligung von Vätern sowie eine frühe Rückkehr der Eltern ins Berufsleben attraktiver zu machen. Bevor der Entwurf im Parlament behandelt wird, steht er nun im sogenannten Begutachtungsverfahren zur Diskussion. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek hat bereits Nachverhandlungen, insbesondere in Bezug auf arbeitsschutzrechtliche Verbesserungen, angekündigt.

- [Übersicht zum Gesetzentwurf auf den Seiten des Österreichischen Nationalrats](#)

Berichte und Studien

Eurofound: Wandel der Familienpolitik in der Wirtschaftskrise

Der Situation von Familien in der Wirtschaftskrise widmet sich ein neuer, ausführlicher Bericht von Eurofound, der Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Das Augenmerk liegt dabei auf den politischen Maßnahmen für Familien, wie sie seit 2010 gewirkt haben und ggf. angepasst wurden. Der Bericht fußt in erster Linie auf vertieften Analysen für Österreich, Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien und Großbritannien, enthält jedoch auch einen kurzen Überblick über die Situation in den anderen EU-Mitgliedstaaten. Die Breite unterschiedlicher familienpolitischer Regime, die in der Länderauswahl abgedeckt ist, spiegelt sich auch in den beobachteten Entwicklungen wider. Einige Länder hätten ihre Leistungen gekürzt, andere hingegen neue Instrumente geschaffen. Insgesamt lasse sich ein Trend zu bedarfsabhängigen Leistungen beobachten. Zudem sei Familienpolitik selten Teil eines kohärenten und integrierten politischen Gesamtkonzepts. Wie sich dies verbessern ließe, darauf zielen die politischen Empfehlungen am Ende des Berichts ab.

- [Zum Bericht „Families in the economic crisis: Changes in policy measures in the EU“](#) 
- [Zusammenfassung des Berichts](#) 

Beschäftigungs- und Sozialbericht 2015 der EU-Kommission

Im Jahresrhythmus erscheint der Beschäftigungs- und Sozialbericht der EU-Kommission, der als Grundlage für die EU-Aktivitäten in diesem Bereich dient. Für das Jahr 2015 stellt er eine weiterhin positive Entwicklung an den Arbeitsmärkten fest, verweist jedoch auf starke regionale Unterschiede. Zur höheren Arbeitsmarkteteiligung hätten europaweit auch neue, flexible Beschäftigungsformen beigetragen. Sie stellten eine Chance dar, könnten aber auch eine weitere Segmentierung des Arbeitsmarktes befördern. Selbständigkeit und Unternehmertum werden als fruchtbare Optionen hervorgehoben, deren Potential noch auszuschöpfen sei.



- [Zum Bericht](#) 

OECD Publikation zum Altern von Gesellschaften

Das Altern der Bevölkerung hat auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche Auswirkungen. Eine neue OECD-Veröffentlichung diskutiert, wie die Bereiche Gesundheitsvorsorge, Arbeitsleben, Einkommen und Wohlbefinden betroffen sind.

- [“Ageing. Debate the issues“ in der OECD Bibliothek](#) 

EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation – Dritter Monitoring-Bericht

Seit 2014 fördert das EU Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) Projekte in den Bereichen Arbeit und Soziales (vgl. EuropaNews [6/2013](#)  sowie [12/2013](#) ). Regelmäßig veröffentlicht die EU-Kommission Berichte, in denen erfolgreiche geförderte Projekte vorgestellt werden. Im Januar ist nun der Dritte Monitoring-Bericht mit 19 *good practice*-Beispielen erschienen.

- [Zum Bericht](#) 

Europarat: Wie lässt sich Gewalt gegen Frauen verhindern?

In der so genannten Istanbulkonvention haben sich 2011 die Mitgliedsstaaten des Europarats der Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verschrieben. Der Europarat begleitet den Prozess u.a. mit Veröffentlichungen zum Thema. Die neueste widmet sich der Frage, welchen Beitrag Privatwirtschaft und Medien leisten können.

- [“Encouraging the participation of the private sector and the media in the prevention of violence against women and domestic violence”](#)  
- [Weitere Veröffentlichungen zur Istanbulkonvention](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

| Datum/ Ort | Titel der Veranstaltung | Veranstalter |
|--|---|---|
| 1. Feb. 2016 Brüssel, Belgien | Buchvorstellung und Empfang “Compendium on Financial Inclusion” | COFACE |
| 11. Feb. 2016 Brüssel, Belgien | EWSDGE-Final Conference: Gender Balanced Leadership - European Women Shareholders Pave the Way | European Women Shareholders Demand Gender Equality |
| 7.-8. März 2015 Brüssel, Belgien | Conference on Mothers & Health | Make Mothers Matter, European Economic and Social Committee |
| 15. März 2016 Wien, Österreich | Social work symposium. Responding to the refugee crisis | International Federation of Social Workers |
| 19.-20. Apr. 2016 Amsterdam, Niederlande | International Conference on Sustainable Development Goals and Gender Equality: the role of family policies and exchange of good practices | COFACE |
| 19.-21. Apr. 2016 Tallinn, Estland | Children Rights Coalitions Forum in Europe 2016 | Children Rights Coalition |
| 20.-21. Mai 2016 Strasbourg, Frankreich | European Youth Event | Europaparlament |
| 17.-19. Juni, Trient, Italien | 63rd Annual International ICCFR Conference “Strong Families – Strong Communities” | ICCFR |
| 5.-7. Juli 2016 Brüssel, Belgien | Konferenz “Children’s Rights Matter: Why Europe needs to invest in children” | Eurochild |
| 22.-25. Aug. 2016 Wien, Österreich | 33. FICE Kongresses und 2. CYC Weltkonferenz “Together Towards a Better World for Children, Adolescents and Families” | FICE |
| 11.-13. Okt. 2016 Vilnius, Litauen | 2016 ISSA Conference “Early Childhood in Times of Rapid Change” | ISSA |

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Einemstr. 14, 10785 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30-2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)